



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal, 59302 Oelde**

Sitzungstag : **Donnerstag, 03.12.2009**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **19:30 Uhr**

Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

Teilnehmer

Herr Wolfgang Bovekamp
Herr Andreas Fischer
Frau Andrea Geiger
Herr Eugen Gette
Herr Peter Hellweg
Herr Hubert Kobrink
Frau Elisabeth Lesting
Herr Helmut Mittelbach
Frau Katharina Noll
Herr Uwe Opitz
Frau Dr. Claudia Preckel
Herr Gerd Rembrink
Herr Alexander Ringbeck
Frau Dr. Birgit Schneider
Herr Wolf-Rüdiger Soldat
Herr Florian Westerwalbesloh
Frau Lena Wickenkamp
Herr Arno Zurbrüggen

Verwaltung

Frau Mechthild Gröver
Herr Michael Jathe, Erster Beigeordneter
Frau Michelle Zielke

Schriftführer/in

Frau Hannelore Rampelmann

Gäste

Frau Vertreterin der "Glocke" Haunhorst
Herr Peter Wapelhorst

es fehlten entschuldigt:

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Wahl von SchriftführerInnen	
2. Verpflichtung sachkundiger Bürger	
3. Einwohnerfragestunde	
4. Befangenheitserklärungen	
5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11. Februar 2009	
6. Bericht der ARGE SGB II im Kreis Warendorf Vorlage: M 2009/500/1682	
7. Kommunale Beschäftigungsförderung	
1. Überblick über Organisation der Kommunalen Beschäftigungsförderung	
2. Bericht zu Projekten der PRO ARBEIT Oelde (PAO) für 2008	
3. Verwendungsnachweis 2008 der PRO ARBEIT Oelde (PAO)	
4. Zuschuss 2010 an die PAO Vorlage: M 2009/500/1683	
7.1. Überblick über Organisation der Kommunalen Beschäftigungsförderung Vorlage: M 2009/500/1696	
7.2. Bericht zu Projekten der PRO ARBEIT Oelde (PAO) für 2008 Vorlage: M 2009/500/1697	
7.3. Verwendungsnachweis 2008 der PRO ARBEIT Oelde (PAO) Vorlage: M 2009/500/1699	
7.4. Zuschuss 2010 an die PRO ARBEIT Oelde Vorlage: M 2009/500/1700	
8. Sachbericht Asyl- und Aussiedlerzahlen - Bericht Umsetzung Verwertungskonzept Vorlage: M 2009/500/1701	
9. Sachbericht SGB XII - Entwicklung der Fallzahlen, Kostenentwicklung Vorlage: M 2009/500/1684	
10. Sachbericht Wohngeld - Entwicklung Fallzahlen 2009 und Ausgaben Vorlage: M 2009/500/1685	

11. Sachbericht - Familienpolitische Maßnahmen
Vorlage: M 2009/500/1702
12. Sachstandsbericht zur Seniorenarbeit/Altenhilfe/Integrationsarbeit der Stadt
Oelde
Vorlage: M 2009/500/1703
13. Verschiedenes
 - 13.1. Mitteilungen der Verwaltungen
 - 13.2. Anfragen an die Verwaltung

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Krause, begrüßt die neuen Ausschussmitglieder, die Vertreterin der „Glocke“, Frau Haunhorst, Herrn Wapelhorst als Geschäftsführer der ARGE, Frau Ottenottenbrock-Völker von der Pro Arbeit Oelde sowie die Vertreter/Innen der Verwaltung und teilt mit, dass die Einladung fristgerecht erfolgt ist.

Öffentliche Sitzung

1. Wahl von SchriftführerInnen

Beschluss:

Frau Hannelore Rampelmann wird als Schriftführerin des Ausschusses für Familien und Soziales für die laufende Wahlperiode des Rates bestellt.

2. Verpflichtung sachkundiger Bürger

Folgende sachkundige Bürger werden in der heutigen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Familien und Soziales durch die Vorsitzende Frau Krause, eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben wir folgt verpflichtet:

Herr Andreas Fischer
Herr Gerd Rembrink
Herr Helmut Mittelbach
Frau Katharina Noll

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Gemeinde erfüllen werde.“

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Ausschuss gerichtet.

4. Befangenheitserklärungen

Beschluss:

Es ist keiner der anwesenden Ausschussmitglieder befangen.

5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11. Februar 2009

Das Protokoll von der letzten Ausschuss-Sitzung vom 11. Februar 2009 steht den Ausschussmitgliedern nicht zur Verfügung, da die Sitzung in der vorhergehenden Wahlperiode stattgefunden hat.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. Bericht der ARGE SGB II im Kreis Warendorf **Vorlage: M 2009/500/1682**

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE SGB II berichtet, dass derzeit 220 Mitarbeiter bei den 14 Anlaufstellen im Kreis Warendorf beschäftigt sind. Begonnen wurde mit der neuen Organisationsform und der Änderungen im SGB II am 1.5.2005. Die Tätigkeit der Mitarbeiter der ARGE n bezieht sich auf die Leistungsgewährung und das Fallmanagement. Für das Jahr 2009 werden voraussichtlich ca. 71 Mio. € für die SGB II-Hilfeempfänger im Kreis Warendorf ausgegeben. Hinzu kommen noch 12 Mio. für die Verwaltung und 10,5 Mio. € für die Integration, sodass ein Gesamtbudget von 93 Mio. € zu erwarten ist.

Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Oelde ist gegenüber dem Stichtag 31.01.2006 von 748 auf 654 Bedarfsgemeinschaften um 12,57 % am 31.10.2009 gesunken. Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ist mit einer Zunahme der Hilfeempfänger im Bereich des SGB II im kommenden Jahr zu rechnen.

Die Zahl der Hilfsbedürftigen ging von 1.528 Personen am 31.01.2006 auf 1.393 Personen am 31.10.2009 zurück. Auch die Zahl der erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen reduzierte sich von 1.099 am 31.01.2006 auf 962 am 31.10.2009.

Durch die wirtschaftliche Entwicklung wurden die zunächst festgelegten Erwartungswerte im Laufe des Jahres 2009 wie folgt verändert.

Der zunächst festgelegte Wert bei der Reduzierung der passiven Leistungen um 3,6 % wurde auf eine Steigerung von bis zu 3,8 % bestimmt. Der festgelegte Wert von 23,9 % bei der Integrationsquote wurde zum Jahresende auf 18 % festgelegt. Bei dem Bestand von Kunden im Kundenkontakt mit einer Dauer von über 24 Monaten soll es zu keiner Erhöhung kommen.

Zu einer Erhöhung der Ausgaben nach dem SGB II hat auch das Schulstarterpaket ab 01.08.2009 geführt. Für 6.000 Schüler im Kreis Warendorf kam dieses Paket in Frage. Außerdem hat die Regelsatzerhöhung zum 01.07.2009 zu einer weiteren Erhöhung der Ausgaben geführt.

Der Kreis Warendorf hat bis Oktober 2009 für Kosten der Unterkunft rd. 24,8 Mio. € gezahlt. Im Vergleich zum Vorjahr gab es eine Erhöhung von ca. 500.000 €. Die Zahlen für die letzten drei Monate in diesem Jahr liegen noch nicht vor.

Bei der Integration wurde bis Oktober eine Quote von 17,2 % der Kunden im Kundenkontakt vorgegeben. Die tatsächliche Integrationsquote betrug 17 % oder als Anzahl 1.913 Integrationen. Verglichen mit allen 44 ARGE n in NRW bezüglich der erreichten absoluten Integrationsquote liegt der Kreis Warendorf auf Platz 3.

Bei dem Langzeitbezug hatte die ARGE im Kreis Warendorf 1.912 Kunden im Kundenkontakt mit einer Dauer von über 24 Monaten. Der Sollwert liegt bei 2.128, sodass ein Rückgang von über 10 % festgestellt werden kann.

Herr Wapelhorst berichtet, dass es ab dem 1.1.2011 eine Neuordnung bei den Trägerschaften geben wird. Die Koalition des Bundes will die Aufgabenwahrnehmung und die Finanzierung für Langzeitarbeitslose im Sinne der Menschen neu ordnen. Es soll sich um eine verfassungsfeste Lösung ohne Änderung des Grundgesetzes und ohne Änderung der Finanzbeziehungen handeln. Dabei sind vorrangig die Kompetenz und Erfahrungen der Länder und der Kommunen vor Ort sowie der BA in getrennter Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen zu nutzen. Die bereits bestehenden Optionskommunen sollen weiterhin ihre Aufgaben unbefristet wahrnehmen können.

Die BA wird ihre Aufgabe, den Kommunen attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit zu unterbreiten, wahrnehmen. Dazu wird das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung einen Mustervertrag ausarbeiten, der die neue Form der Zusammenarbeit regelt und die kommunale

Selbstverwaltung achtet.

Die Frage, wann es sich um eine gelungene Integration handelt, wird von Herrn Wapelhorst dahingehend beantwortet, dass eine sogenannte „dauerhafte“ Arbeitsaufnahme in mindestens 7 Arbeitstagen besteht.

Herr Zurbrüggen stellt fest, dass die Aussage von Herr Wapelhorst, eine gelungene Integration ergibt sich nach bereits 7 Arbeitstagen, sich um eine verfälschte Darstellung handelt.

Als Ergänzung zu den Ausgaben zum SGB II teilt Herr Jathe mit, dass der Anteil der Gesamtausgaben für die Leistungsempfänger für die einzelne Kommune nicht anhand der Fälle berechnet wird, sondern anhand der Steuerkraft, die die Kommune an den Kreis im Rahmen der Kreisumlage zahlt. Oelde zahlt derzeit 11 % der Kreisumlage.

Es ist damit zu rechnen, dass sich die Umlage an den Kreis im kommenden Jahr erhöhen wird. Voraussichtlich wird sich auch der Anteil der Unterkunftskosten im Kreis von derzeit 29 Mio. auf 33 Mio. € im Jahr 2010 erhöhen.

Herr Soldat stellt fest, dass man im kommenden Jahr auf jeden Fall mit Entlassungen im gewerblichen Bereich auch in unserer Stadt rechnen muss. Die derzeitige Zahl der Bedarfsgemeinschaften von 8.500 wird durch die voraussichtlichen Entlassungen zu wesentlichen Erhöhungen der Kosten führen.

Der Vortrag mit den Zahlen ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7. Kommunale Beschäftigungsförderung

- 1. Überblick über Organisation der Kommunalen Beschäftigungsförderung**
 - 2. Bericht zu Projekten der PRO ARBEIT Oelde (PAO) für 2008**
 - 3. Verwendungsnachweis 2008 der PRO ARBEIT Oelde (PAO)**
 - 4. Zuschuss 2010 an die PAO**
- Vorlage: M 2009/500/1683**

7.1. Überblick über Organisation der Kommunalen Beschäftigungsförderung **Vorlage: M 2009/500/1696**

Frau Gröver berichtet, dass die dem Protokoll als Anlage beigefügten Übersichten die aktuelle Organisationsform der kommunalen Beschäftigungsförderung durch die PRO ARBEIT Oelde und eine Übersicht der vertraglichen Regelungen verdeutlichen sollen.

Das geltende Rahmenkonzept vom 23.07.2003 zur kommunalen Beschäftigungsförderung und der dazugehörige Kooperationsvertrag zwischen der Pro Arbeit e.V. und der Stadt Oelde werden der Niederschrift zur nicht öffentlichen Sitzung ebenfalls beigefügt.

Der Kooperationsvertrag wurde zwischen der Pro Arbeit Oelde und der Stadt Oelde am 24.07.2003 geschlossen. Die Laufzeit betrug zunächst 2 Jahre ab Vertragsdatum, danach erfolgte automatisch eine Verlängerung um 1 Jahr.

Der am 07.11.2003 abgeschlossene Betreibervertrag regelte anfangs die Einrichtung der Radstation und des Kiosks im Gebäude „Am Bahnhof“. Er wurde für 10 Jahre abgeschlossen, sodass er bis zum 30.04.2011 läuft. Die weiteren Projekte sind das Recyclingprojekt und das Asylprojekt. Weiter wird die Minigolfanlage in Stromberg durch Langzeitarbeitslose und mit Hilfe der Anleiter bewirtschaftet. Zu den Saisonzeiten wird diese Anlage sehr gut genutzt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2. Bericht zu Projekten der PRO ARBEIT Oelde (PAO) für 2008
Vorlage: M 2009/500/1697

1. Beschäftigung von Brückenjobbern
 - in eigenen Projekten
 - im kommunalen Bereich
 - in sonstigen Einrichtungen
2. Betreuung und Beschäftigung von Asylbewerbern
3. Zielgruppenspezifische Brückenjobs
4. Einstellung von Erwerbslosen im Rahmen des Programms Job-Perspektive
5. Zusammenarbeit mit den Job-Paten Oelde
6. Projekte der Pro Arbeit Oelde

Brückenjobs bei Pro Arbeit Oelde

Pro Arbeit Oelde hat in 2008 etwa 120 Beschäftigungsstellen zur Verfügung gestellt. Die meisten Plätze waren/sind in den Projekten Radstation, Kiosk, Recyclingzentrum und Minigolf sowie in den Bereichen Stadtreinigung/Bahnhofsreinigung und Vierjahreszeitenpark. Darüber hinaus gab es nur noch wenige Stellen in den Bädern, in der Schulbibliothek des Thomas-Morus-Gymnasiums, in der Kindertagesstätte, beim Förderverein Gaßbachtal und bei der evangelischen Kirche in Kindergärten, im Jugendtreff/Internetcafé und bei allgemeinen Hilfstätigkeiten. Die Einsatzmöglichkeit im Seniorenzentrum am Eichendorffpark fiel leider fort, da es immer schwieriger wurde, die wenigen noch erlaubten Tätigkeiten sinnvoll in den Ablauf eines Altenzentrums einzugliedern. Dies ist insbesondere deshalb so bedauerlich, da der Bereich der Seniorenpflege und -betreuung für viele Frauen eine realistische Möglichkeit ist, beruflich wieder Fuß zu fassen.

Ende 2007 wurde durch die Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf (ARGE) für die Jahre 2008 und 2009 eine Maßnahme bewilligt mit insgesamt 100 Brückenjobplätzen. In der Vergangenheit war von allen Trägern beklagt worden, dass aus Gründen, die nicht bei den Trägern lagen, die Maßnahmeplätze nicht besetzt wurden/besetzt werden konnten und unkalkulierbare finanzielle Risiken entstanden. In der Maßnahmebewilligung war diesmal vorgesehen, dass in solchen Fällen die Verwaltungspauschalen für 70 der 100 Plätze auch bei Nichtbesetzung bezahlt werden sollten, um die Finanzierung des notwendigerweise vorgehaltenen Personals zu sichern. Leider wurde schon im ersten Halbjahr die Maßnahmebewilligung so abgeändert, dass nicht die bewilligten 100 sondern nur maximal 70 Plätze gleichzeitig besetzt werden durften.

Im Ergebnis schwankte die Maßnahmeauslastung 2008 zwischen 58 und 77 Prozent bei durchschnittlich 65 besetzten Brückenjobplätzen.

Für eine geordnete Verwaltung und kontinuierliche Anleitung der Teilnehmer (Brückenjobber, Asylbewerber, Sozialstundenableistende) in den eigenen Projekten, sowie für eine angemessene Qualifizierung und Betreuung auch der extern eingesetzten Teilnehmer standen folgende Mitarbeiter zur Verfügung:

- 3 Anleiter und 1 Vorarbeiter für Recyclingzentrum, Radstation, Kiosk und Minigolfplatz
- 3 Pädagogen und Sozialarbeiter für die Qualifizierung und sozialpädagogische Betreuung
- 1 Honorarkraft für den Stützunterricht Deutsch
- 1 Projektleiterin
- 1 Auszubildende zum Bürokauffrau/-mann
- 1 Teilzeit-Bürokraft

Ergänzt wurden die Tätigkeiten des Oelder Teams durch weitere Fachkräfte von Pro Arbeit. Das betrifft sowohl die Bereiche Verwaltung und EDV-Administration, schwerpunktmäßig aber Qualifizierungsmodule, wie Hauswirtschaft, Verkauf, Warenkunde, Telefontraining, Arbeitssicherheit, Recycling, Holz, Metall, Fahrradmechanik und PC-Grundlagen. Dabei werden die Lehrwerkstätten in St. Vit ebenso genutzt wie der PC-Schulungsraum im Rhedaer Beratungszentrum ZEBRA von Pro Arbeit. Hinzu kamen befristet zusätzliche Mitarbeiter (Anleitung, Qualifizierung und sozialpädagogische Betreuung) während der Durchführung von 2 dreimonatigen Sondermaßnahmen.

Auch in 2008 schaffte eine Reihe von Brückenjobbern den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt. Die Vermittlungszahlen sind allerdings kontinuierlich rückläufig (s. Tab.1).

Aufgrund der besseren Arbeitsmarktlage konnten die Fallmanager und Vermittler der Arbeitsgemeinschaft und der Agentur deutlich mehr Teilnehmer direkt in Arbeit vermitteln. In die Brückenjobs wurden daher überwiegend schwierige Teilnehmer mit multiplen Hemmnissen zugewiesen. Trotz aller Bemühungen durch Anleiter und Sozialpädagogen und trotz gut abgestimmter Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der ARGE war teilweise nicht mal das Mindestziel zu erreichen, nämlich das Durchhalten für die vorgesehene Maßnahmedauer. Allerdings gab es auch viele hoch motivierte Teilnehmer, die - aus unterschiedlichen Gründen - ausgesprochen gerne am Brückenjob teilnahmen und aktiv die angebotenen Qualifizierungen und sozialpädagogischen Hilfestellungen annahmen. Leider reichen Motivation und Einsatzwille nicht aus, wenn Sprach- und Fachkenntnisse fehlen und/oder gravierende psychische oder körperliche Einschränkungen vorliegen.

Perspektivisch werden die Vermittlungszahlen – unabhängig von der Entwicklung der Arbeitsmarktlage noch zurückgehen bzw. auf niedrigem Niveau verbleiben, da die Zielsetzung des Instruments Brückenjob von der ARGE neu formuliert wurde: Erhalt der Arbeitsfähigkeit, Stabilisierung und Heranführung an den Arbeitsmarkt. Bei dem Personenkreis, der von Seiten der Arbeitsverwaltung für die Teilnahme an Brückenjobs vorgesehen ist, sind Vermittlungen - zumindest in den regulären Arbeitsmarkt – unrealistisch.

Vermittlungen Brückenjobber

Jahr	2006	2007	2008
bewilligte Plätze	100/130	130	100/80
durchschnittlich besetzte Plätze	69,4	63,2	66,6
Sozialvers.-pflichtige Beschäftigung	64	49	36
Geringfügige Beschäftigung	8	14	6
Bildungsmaßnahme FbW	0	3	3
ESF-Maßnahme	14	3	0
Trainingsmaßnahme	2	4	1
Sonstige Maßnahme	2	6	6
Ausbildung/Umschulung	-	-	2
Gesamt	90	79	54
Vermittlungen nach Maßnahmeende	ca. 10	ca. 5	ca. 5

Tabelle 1

Insgesamt wurden in 2008 229 verschiedene TeilnehmerInnen betreut. Davon haben 45 TeilnehmerInnen ihre Maßnahme bereits im Jahr 2007 begonnen, und 56 Personen schieden erst in 2009 aus (s. Tab.2).

Aufteilung der Teilnehmer nach Maßnahmeart und Geschlecht

		Männer	Frauen	Beginn in 2007	Ende in 2008	Ende in 2009
Maßnahmeteilnehmer	229	135	94	45	173	56
davon Mehrfachteilnahme						
2 x	36	18	18			
3 x	6	4	2			
4 x	1	1	0			
Maßnahmeabschnitte	280	164	116		224	56

Tabelle 2

Für etwa ein Drittel der in 2008 ausgeschiedenen Teilnehmer konnte eine konkrete berufliche Perspektive erreicht werden von der Aufnahme einer Beschäftigung über weiterqualifizierende Maßnahmen bis zum Beginn einer Ausbildung, bzw. Umschulung (s. Tab.3).

Grund für das Ausscheiden der restlichen Teilnehmer war neben dem regulären Ende des individuellen Maßnahmezeitraums häufig der Abbruch aufgrund länger andauernder Krankheiten oder der Wechsel in eine Therapie; wobei die Einsicht in die Notwendigkeit einer Therapie das oft mühsam erarbeitete Ergebnis im Rahmen des Brückenjobs gewesen ist.

Ausscheiden der Teilnehmer nach Maßnahmeart und Geschlecht

Gründe für Ende des Maßnahmeabschnitts	Brückenjobs		Summe	Anteil in Prozent	gesamt	
	m	w				
soz.-pfl. Arbeitsaufnahme -	25	11	36	20,22%		
geringf. Arbeitsaufnahme -	2	4	6	3,37%		
Bildungsmaßnahme FbW	2	1	3	1,69%		
ESF-Maßnahme	0	0	0	0,00%		
Trainingsmaßnahme	1	0	1	0,56%		
Sonstige Maßnahme -	4	1	5	2,81%		
Schulbesuch	0	1	1	0,56%		
Ausbildung/Umschulung	0	2	2	1,12%	30,34%	54
Reha-Maßnahme/ Therapiebeginn	2	0	2	1,12%		
nicht maßnahmegerechtes Verhalten allgemein bedingt	16	4	20	11,24%		
nicht maßnahmegerechtes Verh. durch Alkohol/Drogen bedingt	3	0	3	1,69%		
Dauerhaft AU allgemein bedingt	20	6	26	14,61%		
Dauerhaft AU psychisch bedingt	1	2	3	1,69%	30,34%	54
Vertragsende/ Arbeitslosigkeit	30	30	60	31,25%	31,25%	60
Betreuung Kinder unter 3 Jahren	1	0	1	0,56%		
Mutterschutz/ Schwangerschaft	0	1	1	0,56%		
Rente	0	0	0	0,00%		
WfB/ Ziel WfB	0	0	0	0,00%		
Ende Leistungsbezug / Umzug	3	5	8	4,49%	5,62%	10
Zwischensumme						178
Unterbrechung wg Ferienzeiten	0	3	3	0,00%		
Änderung Bewilligung	10	10	20	0,00%		
Umbesetzung	4	4	8	0,00%		
Übernahme Folgemaßnahme	0	1	1	0,00%		32
Maßnahmestorno	2	2	4	0,00%		
Storno rückw. wg Nichtantritt	9	1	10	0,00%		14
Zwischensumme						46
Maßnahmeabschnitte Ende 2008						224
Maßnahmeabschnitt läuft über 31.12.08 weiter	29	27	56			
Maßnahmeabschnitte gesamt			280			

Während es in 2007 allgemein eine deutliche Tendenz zur durchschnittlich längeren Teilnahme am Brückenjob (über sieben Monate) gab, lag die durchschnittliche Verweildauer in 2008 deutlich unter

sechs Monaten. Auffällig ist dabei, dass fast ein Viertel der Teilnehmer weniger als zwei Monate durchgehalten hat und gut ein Viertel länger als elf Monate in der Maßnahme verblieben ist.

Betreuung der Asylbewerber

Pro Arbeit Oelde betreut seit 2005 im Auftrag der Stadt Oelde AsylbewerberInnen. Dazu gehören die Auswahl einer passenden Beschäftigungsstelle, die Unterstützung bei Problemen im persönlichen bzw. Arbeitsbereich sowie die Hilfestellung bei der Arbeitssuche. Diese Arbeit wurde auch in 2008 weiter verantwortlich von Herrn Langner gesteuert.

Die Zahl der Asylbewerber für die Pro Arbeit Oelde einen Betreuungsauftrag hat ist rückläufig. Allerdings gibt es darüber hinaus einige Asylbewerber, die mittlerweile Arbeit gefunden haben oder zwischenzeitlich beschäftigt waren und nun Leistungen der Arbeitsagentur beziehen, die aber gerne noch Unterstützung von Pro Arbeit Oelde in Anspruch nehmen, wenn sie Probleme haben oder neue Bewerbungen schreiben müssen.

Die persönlichen Situationen der betreuten Asylbewerber stellen sich sehr unterschiedlich dar: von der Alleinerziehenden mit mangelnder psychischer Belastbarkeit bis zu wenig leistungsbereiten Alleinstehenden. Praktisch gibt es unter den von Pro Arbeit Oelde betreuten Personen kaum noch welche, wo eine Vermittlungsaussicht besteht. Selbst das Heranführen an die Gemeinnützige zusätzliche Arbeit gestaltet sich zeit- und nervenaufreibend und zeigt nur bei Einzelnen kleine Erfolge.

Zielgruppenspezifische Brückenjobs

Neben der Brückenjobmaßnahme mit individueller Maßnahmedauer und laufendem Einstieg wurden zwei Maßnahmen mit einer festen Laufzeit von drei Monaten für besondere Zielgruppen angeboten.

Die eine Maßnahme diente ausschließlich der Kompetenzfeststellung. Dazu gehörten sowohl die Ermittlung von Begabungsschwerpunkten, von vorhandenen Allgemein- und Fachkenntnissen, der persönlichen Kompetenzen wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Ausdauer und Motivation, sowie von körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen.

In der anderen Maßnahme wurden Teilnehmer mit multiplen Hemmnissen auf eine Vermittlung im Rahmen der Job-Perspektive vorbereitet. Abweichend von den normalen Brückenjobs erhielten sie keine Mehraufwandsentschädigung (1,00 € für die Beschäftigungsstunde plus Fahrtkosten) sondern einen Arbeitsvertrag mit Lohnanspruch. Außerdem unterliegt bei dieser Ausgestaltung der Arbeitsgelegenheiten die Beschäftigung nicht den Kriterien der Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit. Besonders für Alleinstehende ist diese Vertragsvariante finanziell reizvoll. Wichtigster Vorteil für die Eingliederung ist aber die freiere Einsatzmöglichkeit der Teilnehmer und die zeitlich nicht begrenzten Praktika in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes. So war es gut möglich, die Leistungsfähigkeit der Teilnehmer in verschiedenen Bereichen zu testen, an auffallenden Defiziten konkret zu arbeiten und genauere Empfehlungen für die Auswahl potenzieller Arbeitgeber zu erarbeiten.

Für die Maßnahmen hatte die ARGE ausreichend Mittel für eine intensive Anleitung/Betreuung zur Verfügung gestellt, sodass mit zusätzlichen Personalressourcen gut gearbeitet werden konnte. Leider wurde die Maßnahme sehr kurzfristig bewilligt. Für die Auswahl der Teilnehmer stand wenig Zeit zur Verfügung. Im Ergebnis konnten die Potenziale, die diese Maßnahmen mit den sonstigen Rahmenbedingungen boten, nicht entsprechend genutzt werden.

Einstellung von Erwerbslosen im Rahmen des Programms Job-Perspektive

Aufgrund der Einschätzung, dass eine nicht geringe Zahl von motivierten Erwerbslosen trotz allgemein guter Arbeitsmarktlage durch unterschiedliche Hemmnisse körperlicher oder psychischer Art, durch Abhängigkeiten, durch familiäre oder finanzielle Probleme so eingeschränkt oder wenig

belastbar sind, dass sie absehbar längerfristig keine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt finden, und das obwohl sie hoch motiviert und im Rahmen ihrer Möglichkeiten einsatzbereit sind, wurde das Förderprogramm Job-Perspektive entwickelt. Dabei können Arbeitgeber – abhängig von der Art und Schwere der Einschränkungen – bis zu 75 Prozent der anfallenden Lohnkosten erstattet bekommen. Nach einer ersten Begrenzung dieser Zuschüsse auf zwei Jahre, in denen ein möglicher Wechsel in den regulären Arbeitsmarkt immer wieder überprüft wird, kann die Förderung auch dauerhaft gewährt werden.

Im Februar 2008 hat Pro Arbeit sich entschlossen, über dieses Programm eine Mitarbeiterin für Büro- und allgemeine Organisationstätigkeiten einzustellen. Im August kam ein Mitarbeiter hinzu, der im Recycling- und Grünpflegebereich tätig ist. So können - und müssen zur Refinanzierung des Eigenanteils - auch kleine Aufträge erledigt werden, die nicht die strengen Kriterien der Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit erfüllen. Auch wenn es keine Einsatzbeschränkungen gibt, wird von Pro Arbeit darauf geachtet, dass kein offensiver Wettbewerb zu Firmen des ersten Arbeitsmarktes entsteht.

Ebenfalls im August 2008 wurde ein Mitarbeiter eingestellt, der regelmäßig im Jahnstadion tätig ist. Für ihn ist das der ideale Arbeitsplatz, der seinen Fähigkeiten und Neigungen entspricht, andererseits wird er durch wöchentliche sozialpädagogische Betreuungsgespräche in seiner persönlichen Entwicklung unterstützt.

Das Programm Job-Perspektive bietet für einen bestimmten Personenkreis eine etwas dauerhaftere Perspektive als Brückenjobs oder andere Beschäftigungsmaßnahmen. Leider zeigt die Erfahrung, dass trotz erheblicher Zuschüsse die meisten Firmen nicht den Mut aufbringen, sich kontinuierlich mit den Problemen der Menschen auseinanderzusetzen und die Arbeitsplätze entsprechend zu organisieren. Gemeinnützige Träger wie Pro Arbeit Oelde haben die Erfahrung in der kontinuierlichen Begleitung. Für sie ist es auch kein Problem einen Arbeitsplatz so zu organisieren, dass er den Möglichkeiten des Menschen angepasst wird. Die Schwierigkeit für gemeinnützige Träger liegt in der Frage, wie die entsprechenden Eigenmittel aufgebracht werden können, da Aktivitäten, die deutlich auf die Erzielung von Einnahmen ausgerichtet sind, in Konflikt mit den Grundsätzen der Gemeinnützigkeit geraten können. Und darüber hinaus gibt es auch Menschen, bei deren Beschäftigung allein der Anleitungs- und Betreuungsaufwand jeden möglichen ökonomischen Ertrag übersteigt.

Job-Paten Oelde

Die Zusammenarbeit mit der Job-Paten-Gruppe des Seniorenforums wurde auch in 2008 fortgesetzt. Schwierigkeiten ergaben sich allerdings im Bereich der Vermittlungsunterstützung, für den die Job-Paten ursprünglich angetreten waren. Ursache für die Tendenz, die sich in 2009 weiter verstärkte, war die zunehmende Belegung des Arbeitsmarktes. Arbeitsfähige Menschen mit einem Mindestmaß an Fach- und Sprachkenntnissen wurden als Maßnahmeteilnehmer kaum noch zugewiesen. Diejenigen, die dann in Brückenjobs landeten, waren durch mehrfache Hemmnisse eingeschränkt. Für die Job-Paten gab es die Situation, dass sie den Firmen, die nun Stellen anboten, keine potenziellen Arbeitnehmer vorstellen konnten, bzw. dass doch versuchte Vermittlungen nicht erfolgreich verliefen.

Ein anderes Projekt, das von den Job-Paten mit ihren Kontakten zu den Oelder Firmen unterstützt wurde, war ebenfalls nicht wie beabsichtigt umsetzbar: die geförderte Beschäftigung von Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt im Rahmen des Förderprogramms Jobperspektive. Sowohl die Integration direkt in die betrieblichen Abläufe als auch die Zusammenfassung und Auslagerung einfacher Tätigkeiten war angesichts des erreichten Rationalisierungsgrades und der komplexen Arbeitsplatzstrukturen der ansässigen Firmen bei allem Unterstützungswillen unrealistisch.

Sehr erfolgreich war die Unterstützung der Job-Paten beim Bewerbungscoaching. Für die Simulation von Bewerbungsgesprächen übernehmen Job-Paten die Rolle des Arbeitgebers. Die Teilnehmer schätzen dabei - neben dem realitätsnahen Übungsangebot - besonders die Tipps aus der Arbeits- und Erfahrungswelt der Job-Paten.

Die Projekte der Pro Arbeit Oelde

Sinn und Zweck der Projekte von Pro Arbeit Oelde ist es, im Rahmen von gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit Jugendliche und Erwachsene für den ersten Arbeitsmarkt zu trainieren und zu qualifizieren und die Integration von Aussiedlern und Asylbewerbern zu fördern. Darüber hinaus sind Radstation und Kiosk sowie das Recyclingzentrum und der Minigolfplatz in Stromberg Infrastrukturangebote, die bei den Oelder Bürgerinnen und Bürgern sowie Besuchern der Stadt auf große Akzeptanz stoßen und in ihrer Funktion nicht mehr wegzudenken sind. Ebenso wird der Beitrag geschätzt, den Asylbewerber und Brückenjobber für das gepflegte Oelder Stadtbild leisten.

Die Radstation wird in allen Bereichen weiterhin gut angenommen. Besonders Berufpendler wissen das Angebot zu schätzen. Es gibt eine kontinuierlich steigende Nachfrage nach Stellplätzen, die mit der Chipkarte 24 Stunden zugänglich sind. Bei den Tagesstellplätzen sind noch – wenn auch wenige – Plätze frei. Viele Radfahrer finden ihr Fahrrad auch auf dem Vorplatz der Radstation gut beaufsichtigt. Der Schwerpunkt der Trainingsmöglichkeiten in der Radstation ist der Lager- und Werkstattbereich, hier sind bei entsprechend besetzten Brückenjob-Plätzen die Grenzen des aktuell Möglichen sowohl was die räumlichen aber auch die Anleitungskapazitäten betrifft, erreicht.

Der Kiosk bietet seinen Kunden an sieben Tagen das übliche Kiosk-Grundsoriment. Darüber hinaus hat die große zeitliche Präsenz von Mitarbeiterinnen im Bahnhofsgelände auch einen positiven Einfluss auf das nähere Bahnhofsumfeld. Die Kundenzahlen und die Umsätze sind wie im Vorjahr auch leicht rückläufig gewesen.

Der Kiosk bietet anspruchsvolle Trainingsfelder (Umgang mit - oft eiligen – Kunden, extreme Arbeitszeiten von 5.15 bis 20.30 Uhr und am Wochenende, elektronisches Kassensystem, Warenvielfalt und Remissionen usw. sowie die Möglichkeit, als SchichtführerIn Verantwortung zu übernehmen) für Teilnehmer, deren Potentiale in anderen Bereichen nicht so optimal entwickelt und trainiert werden könnten. Auch bei zunehmend schwächerem Teilnehmerkreis ist er aus dem Angebot der Beschäftigungsstellen nicht wegzudenken.

Der Minigolfplatz erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Die Gäste schätzen neben dem Minigolfspiel die konstante Anwesenheit der BrückenjobberInnen und die Möglichkeit, Spaziergänge durch einen Plausch an der Minigolfhütte zu unterbrechen.

Die Minigolfanlage stellt wie der Kiosk durch die notwendige Präsenz an sieben Wochentagen hohe Anforderungen bezüglich Zuverlässigkeit, Einsatzbereitschaft und Teamfähigkeit an die TeilnehmerInnen. Sie können allerdings langsamer an ihre Aufgaben herangeführt werden. Daher bietet dieses Beschäftigungsfeld insbesondere unsicheren und zögerlichen TeilnehmerInnen Erfolgserlebnisse und gute Entfaltungsmöglichkeiten ihrer Potenziale.

Das Recyclingzentrum Mix-max mit Secondhand-Verkauf ist eindeutig das größte und aufwändigste Projekt der Pro Arbeit Oelde – auch wenn sich dies nicht in seinen Umsätzen niederschlägt. Neben dem nicht zu vernachlässigenden Umweltaspekten ergibt sich seine Wichtigkeit aus der breiten Palette unterschiedlicher Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten: Arbeiten in der Holz- und Elektrowerkstatt, im Lager- und Recyclingbereich, der Möbeltransport, Hausmeistertätigkeiten und Grünpflege, der Verkauf und die Präsentation der Secondhand-Ware, die Reinigung und Pflege von Textilien und die Reinigung und Instandhaltung der Räumlichkeiten sowie Pförtner- und Verwaltungsarbeiten bieten die Möglichkeit, in individuell angepassten Verantwortungsbereichen zu arbeiten.

Außerdem gibt es im Recyclingzentrum mehr als in den anderen Projekten Arbeiten für leistungsschwächere TeilnehmerInnen, und es eignet sich aufgrund der Nähe zu den Fallmanagern und der größeren Distanz zu, bzw. der besseren Trennung von kundenrelevanten Bereichen für die Beschäftigung von TeilnehmerInnen mit besonderen Problemen. Da der Anteil dieser Personengruppe an der Gesamtteilnehmerzahl weiter steigend ist, bestände durchaus Bedarf, diese

Arbeitsbereiche weiter auszubauen.

Während die Radstation fast die Grenzen ihrer Kapazitäten erreicht hat, können Kiosk, Minigolfplatz und Recyclingzentrum durchaus noch weitere interessierte Nutzer gebrauchen. Besonders die Möglichkeiten, die das Recyclingzentrum zur Vermeidung überflüssigen Mülls bietet, können – angesichts dessen, was bei Sperrmüllabfuhr an verwertbaren Gegenständen an den Straßen steht – noch ausgebaut werden.

Frau Ottenottenbrock-Völker berichtet über die einzelnen Projekte der Pro Arbeit Oelde. Eine Präsentation zeigt dem Ausschuss und der Verwaltung, wie in solchen Projekten Erfahrungen gesammelt werden und was für Lernprozesse notwendig sind, um die Langzeitarbeitslosen zu beschäftigen und für den Arbeitsmarkt fit zu machen.

Das älteste Projekt ist die Radstation, die 2001 eingerichtet wurde. Aufgaben sind z.B. das Bewachen der Räder, den öffentlichen Nahverkehr zu unterstützen, Codieraktion durchführen, um die Räder diebstahlsicher zu machen usw.. Der Kiosk ist ein anspruchsvolleres Arbeitsfeld, wo auch der Umgang mit Geld gelernt wird und Vertrauen vorhanden sein muss. Die Einrichtung der Minigolfanlage war und ist sehr arbeitsaufwendig. Viele weitere Projekte, wie der Weihnachtsmarkt, Abenteuerspielplatz, Eisblockhaus sind durch die Pro Arbeit zu begleiten.

Frau Ottenottenbrock-Völker macht deutlich, dass die bisherige Unterstützung durch die Stadt Oelde sehr nützlich gewesen ist und die gemeinsame Arbeit unter „Der Mensch steht im Vordergrund“ geleistet werden kann.

Nach dem Vortrag gilt ein großes Dankeschön des Ausschusses und der Verwaltung Frau Ottenottenbrock-Völker und dem gemeinnützigen Verein Pro Arbeit Oelde, der eine sehr gute Arbeit macht. Der Vortrag mit Bildern hat einen guten Eindruck von der Vielfalt der gemeinnützigen Arbeit gezeigt.

Frau Gröver macht deutlich, dass die zu besetzenden Stellen bei der Pro Arbeit gemeinnützig und zusätzlich sein müssen. Sie dürfen keine Konkurrenz zum freien Arbeitsmarkt darstellen.

Im Jahr 2008 wurden 229 Teilnehmer betreut. 120 Beschäftigungsstellen wurden bewilligt. Anhand der hohen Fluktuation kann man erkennen, dass die Mitarbeiter häufig wechseln.

Die Maßnahmeauslastung 2008 lag zwischen 58 und 77 % bei durchschnittlich 65 besetzten Brückenjobplätzen.

Überwiegend wurden die Personen für die Radstation, für das Recyclingprojekt, die Minigolfanlage sowie für die Stadtreinigung und den Vier-Jahreszeiten-Park eingestellt. Nur wenige gingen in den Bereich der Schulbibliothek des TMG, der ev. Kirche und den Kita's.

Weggefallen ist die Stelle im Seniorenzentrum "Am Eichendorffpark".

Im Jahr 2009 gibt es 100 bewilligte Brückenjobs. Es sind jedoch auch nicht alle Stellen besetzt worden. Derzeit gibt es die neue Diskussion über die Zulässigkeit solcher Stellen. Der Rahmen für die Einrichtung dieser Stellen wird immer mehr begrenzt.

Bei der Begleitung hat die Gruppe der „Job-Paten“ eine große Hilfe geleistet. Diese ehrenamtliche Seniorengruppe besteht aus erfahrenen Personen, die den Langzeitarbeitslosen helfen und sie beraten, ihre Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden und evtl. in zu besetzende Stellen zu wechseln. Häufig handelt es sich um eine mühsame Arbeit.

Frau Gröver dankt besonders den Job Paten, die diese Hilfe uneigennützig durchführen.

Weiter gibt es neben den normalen Brückenjobs die sogenannten zielgruppenspezifischen Brückenjobs. Es gibt einen sogenannten Kompetenzcheck, der speziell und zielgerichtet für bestimmte Aufgaben eingerichtet worden ist. Für dieses Programm „Job-Perspektive“ sind 2 ½ Stellen eingerichtet worden. U.a. handelt es sich um eine Bürotätigkeit, eine Reinigungsarbeit und eine weitere Stelle im Jahnstadion. Dieses Programm bietet eine dauerhaftere Perspektive als Brückenjobs. Jedoch wird dieses Angebot kaum von der Wirtschaft angenommen, da dieser Personenkreis eine enge Betreuung erfordert.

Frau Geiger stellt fest, dass die bewilligten 100 Stellen nicht alle besetzt worden sind. Sie bittet um Mitteilung, warum diese Situation so ist.

Frau Ottenottenbrock-Völker teilt mit, dass aufgrund einer Innenrevision es enorme Ausfälle bei der Bewilligung der Brückenjobs gegeben hat. Es ist schwierig, die Stellen bewilligt zu bekommen, da sie gemeinnützig anerkannt sein müssen.

Herr Jathe teilt mit, dass im kommenden Jahr wieder ein neuer Umbruch stattfinden wird. Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt führt dazu, dass die Zulassungsanforderungen an Brückenjobs noch deutlich erhöht werden sollen. Kreisweit werden 2010 die Gesamtzahl der Maßnahmen von derzeit 400 auf 300 reduziert. Es handelt sich um nachrangige Stellen, wo die Maßnahmeteilnehmer noch mehr Hemmnisse haben müssen. Das bedeutet sicherlich weniger Fälle und mehr Arbeitslast für die Anleiter etc.. Es ist daher zu erwarten, dass es immer schwieriger sein wird, geeignete Bewerber zu finden, die auch den Anforderungen der Stadt oder anderer Anbieter genügen.

Eine Verbesserung in diesem nachteiligen Umfeld ist, dass der Maßnahmeträger künftig für 90 % der zugewiesenen AGH-Maßnahmeplätze eine Finanzierungsgarantie/Ausfallgarantie gegenüber dem Träger abgeben wird, auch wenn die Plätze unbesetzt sind.

Herr Jathe dankt der Pro Arbeit noch einmal für die gute geleistete Arbeit.

Auf Anfrage von Herrn Fischer teilt Frau Ottenottenbrock-Völker mit, dass die vermittelten Arbeitnehmer überwiegend in Leiharbeitsfirmen unterkommen. Hier muss man feststellen, dass die Bezahlung auch nicht so gut ist. Die Zahl der rückläufigen Personen ist relativ gering.

Eine weitere Anfrage zielt darauf, ob es auch für Teilnehmer, die psychologisch beraten werden müssen, Möglichkeiten bei der Pro Arbeit gibt. Frau Ottenottenbrock-Völker teilt mit, dass eine enge Zusammenarbeit mit Herrn Pass vom Gesundheitsamt besteht und er auch im Bedarfsfalle hinzugezogen wird.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3. Verwendungsnachweis 2008 der PRO ARBEIT Oelde (PAO) Vorlage: M 2009/500/1699

Frau Gröver teilt mit, dass gemäß Ziffer 3 des Rahmenkonzeptes und Ziffer 5 des Kooperationsvertrages die PRO ARBEIT Oelde die Gesamtabrechnung für das Jahr 2008 vorgelegt hat. Die Unterlagen wurden vom Rechnungsprüfungsamt geprüft.

Das Gesamtbudget der Zuschüsse 2008 in Höhe von 102.500 € wurde wie folgt verwendet:

Zuschüsse für die Projekte 2008:

	Vorgesehen	Gezahlt	Defizit	Überschuss
Radstation Produkt: 05.04.03 5314001	10.000,00 €	10.000,00 €	32.359,84 €	
Kiosk	0 €	0 €	14.366,58 €	
Minigolf-Anlage			Pers.u. Vew. Kosten Vereinfachungsgründen bei Mix-	12.152,82€

			Max/Brückenjobs erfasst	
Mix-Max Produkt: 05.04.03	20.000,00 €	20.000,00 €	82.284,31€	
Integration Asyl / 05.04.01. 5314001	12.500,00 €	12.500,00 €		
Sockelförderung	60.000,00 €	60.000,00 €	295.459,00 €	

Brückenjobs durch ARGE finanziert		272.348,21€		
Summe	€	374.848,21€	424.69,73€	12.152,82€
Rechnungsergebnis			- 37.468,70€	

Ergibt ein Minus von - **37.468,70 €**

Abzüglich Zuschüsse der
Städt. Fachbereiche + **36.106,08€**
Zuzgl. Übertrag aus 2007 - **29.090,63€**

Abzügl. private Spende + 5.000,00 €

Übertrag in 2009 - 25.453,25 €

Der Fehlbetrag resultiert in erster Linie aus den veränderten Bedingungen, die die ARGE bei der Bewilligung und Besetzung der Brückenjobs zu Grunde legt. Leider hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass es hier keine klare Linie gibt und sich Träger wie die PRO ARBEIT Oelde im Laufe eines Jahres nicht auf Aussagen der ARGE zur Finanzierung und Bewilligung der Brückenjobs verlassen können.

Wie über das Jahr 2010 hinaus beschäftigungspolitische Weichenstellungen erfolgen werden, ist zur Zeit nicht absehbar. Möglichkeiten, das Defizit der PAO zu verringern bzw. auszugleichen, müssen jedoch gesucht und diskutiert werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Eine Diskussion und Beschlussempfehlung erfolgt im Rahmen der Etatberatungen.

7.4. Zuschuss 2010 an die PRO ARBEIT Oelde Vorlage: M 2009/500/1700

Frau Gröver teilt mit, dass im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung die PRO ARBEIT Oelde Langzeitarbeitslose sowie Asylbewerber betreut und vermittelt. In 2008 konnte die PRO ARBEIT Oelde bis August bereits 27 Personen in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, 5 Personen in geringfügige Beschäftigung vermitteln.

Wie im Projektbericht (TOP 7.2 der Sitzung des Sozialausschusses vom 03.12.2009) wurden die Projekte Radstation, Kiosk, MIX-MAX und Minigolf-Anlage Gaßbachtal erfolgreich weitergeführt. Die Projekte können auch in Zukunft nicht gewinnbringend geführt werden, sind aber für ein breites Trainingsfeld und eine individuelle und qualifizierte Förderung unabdingbar. Die im Vergleich zu anderen

Trägern breit gestreute Tätigkeitspalette ermöglicht ein relativ passgenaues Angebot für jeden Brückenjobber und erleichtert eine mögliche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Ganz besonders profitieren die Asylbewerber von der guten Vermittlungsarbeit. Ohne die guten Kontakte der PRO ARBEIT zur heimischen Wirtschaft hätte dieser Personenkreis trotz der inzwischen gelockerten Arbeitsmarktbedingungen wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Nur mit den durch den städtischen Zuschuss zusätzlich möglichen Anleiterstellen in den Einzelprojekten kann der Erfolg der PAO langfristig gesichert und bei gleichbleibender Qualität fortgeführt werden. Auch ist das Angebot von Deutschkursen für diesen Personenkreis von großer Bedeutung.

Dabei erfordert das immer schwierigere Klientel hohen Betreuungsaufwand, so dass der Zuschuss an die PRO ARBEIT Oelde für Anleiter- und Betreuungspersonal in Höhe der Vorjahre weiter dringend erforderlich ist. Der Schwerpunkt der Betreuung liegt in den Bereichen Radstation und Recycling, beide Bereiche sind dauerhaft auf Zuschüsse angewiesen. Der Kioskbereich wurde, da hier Einnahmen erzielt werden können, ab 2008 aus der Projektförderung herausgenommen.

Mit Blick auf die aktuellen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ist in 2010 mit einem Anstieg der Maßnahmeteilnehmer (Brückenjobber oder vergleichbare Beschäftigungsprogramme zu rechnen. Hier wäre es kontraproduktiv, vorhandene und bewährte Strukturen der PRO ARBEIT Oelde in Frage zu stellen.

Der derzeitige Zuschuss in Höhe von 102.500 € an die PRO ARBEIT Oelde 2010 setzt sich zusammen aus:

90.000 € Zuschuss für den allgemeinen Bereich

Sockelzuschuss: 60.000 €

Zuschuss Radstation: 10.000 € und Recyclingprojekt MIX MAX: 20.000 €

Produkt: 05.04.03. 5314001 Förderung von Trägern mit sozialer Zielsetzung

12.500 € Zuschuss für den Bereich Asyl

Sockelzuschuss: 10.000 €

Produkt: 05.04.01. 5314001 Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Mit diesem Zuschuss lässt sich das im Verwendungsnachweis aufgeführte Defizit i.H.v. 25.453,25 € in 2010 nicht ausgleichen. Zur Zeit wird geprüft, welche Betätigungsfelder sich für Maßnahmeteilnehmer der PAO im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zusätzlich ergeben können, um so einen Ausgleich für die weggebrochenen Einsatzbereiche der Brückenjobber zu finden und der PAO eine dauerhafte Einnahmemöglichkeit zu verschaffen. Die Verwaltung wird zur gegebenen Zeit über das Ergebnis berichten.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Eine Diskussion und Beschlussempfehlung erfolgt im Rahmen der Etatberatungen.

8. Sachbericht Asyl- und Aussiedlerzahlen - Bericht Umsetzung Verwertungskonzept Vorlage: M 2009/500/1701

1. Aussiedlersituation 2009

Frau Gröver berichtet, dass es bei den Aussiedlern keine Neuzugänge in 2009 gegeben hat.

2. Asylsituation 2009

Stand: November 2009

Trotz insgesamt zurückgehender Asylbewerberzahlen erfolgten 2009 bisher vier Neuzuweisungen, die letzten Mitte November. Alle Oelde zugewiesenen Männer kommen aus dem arabischen Raum (Iran/Irak). Beide im Frühjahr zugewiesenen Personen haben bereits einen Aufenthaltstitel erhalten, der zur Arbeitsaufnahme berechtigt, so dass beide Personen Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II erhalten, aber noch in der Unterkunft am Axthausener Weg wohnen.

Aktuelle Situation Ende November 2009

Asylbewerber im Leistungsbezug	39 Personen
in Ü-Heim untergebracht	11 Personen
in Privatunterkünften untergebracht	28 Personen
im laufenden Hilfebezug	39 Personen, darunter 16 Kinder
§ 3 Grundleistungen AsylLG	22 Personen
§ 2 Leistungen AsylLG analog SGB XII	17 Personen

Die Leistungen teilen sich auf:

	Personen	§ 3 AsylLG	§ 2 AsylLG d.h. analog SGB XII nach 48 Monaten Aufenth.	
Einzelpersonen m/ w	12 /1	9	2	
7 Familien	26			
1 Familie á 4 Pers.	4	1	3	
1 Familie á 5 Pers.	5	5		
1 Familien á 6 Pers.	6		6	
1 Alleinerz. 2 Pers	2		2	
3 Alleinerz. 3 Pers.	9	5	4	
.				

Ausgaben 2009

Jahr	Asylbewerber Stand Dez. des Vorjahres	Einnahmen Landeszuweisung <u>TDE</u>	Ges. Ausg. Gesamt <u>TDE</u>	Saldo <u>TDE</u>
2002		425	515	90
2003		258	527	269
2004		285	521	236
2005		319	518	199
2006	74	193	426	273
2007	52	105	392	287
2008	21	86	325	239
2009	12	56	Vorauss. 260	Vorauss. 204

Die Nettoausgaben für Lebensunterhalt, Kosten der Unterkunft, Krankenhilfe, Arbeitsgelegenheiten werden auch bei weiter sinkenden Asylbewerberzahlen voraussichtlich in etwa gleicher Höhe bleiben. Die anteiligen Krankenhilfekosten an den Gesamtaufwendungen werden in 2009 bei rd. 72.000 € liegen. Allein die Kosten für eine Person im Altenheim schlagen mit ca. 30.000 €/Jahr zu Buche. Die Aufwendungen der Stadt Oelde für § 2- Leistungen werden 2009 hochgerechnet rd. 94.000 €, für § 3- Leistungen rd. 61.000 € betragen.

Die sog. § 2 - Leistungen sind in der Höhe den Leistungen nach dem SGB XII gleichgestellt. Sie werden an Asylbewerber gezahlt, die länger als 48 Monate in Deutschland leben und die ihren Aufenthalt nicht rechtsmissbräuchlich verlängert haben.

Die Landeszuweisung nach FlüAG (Flüchtlingsaufnahmegesetz), d.h. der Kostenersatz, den das Land aufgrund der Zuweisungen von Asylbewerbern zur Deckung der Kosten an die Kommunen überweist, wird jährlich an die Zahl der Asylbewerber im laufenden Verfahren angepasst.

Entsprechend dieser sinkenden Personenzahlen wird die Landeszuweisung 2010 voraussichtlich erneut nach unten angepasst werden.

Herr Fischer stellt fest, dass die Nichtfeststellung eines Aufenthaltstitels häufig auf falschen oder fehlenden Hinweisen auf deren Identität begründet ist.

3. Umsetzung des Verwertungskonzeptes Übergangwohnheime

Um die finanziellen Belastungen des städtischen Haushaltes soweit wie möglich zu senken, wurden in den Vorjahren alle Standorte der Übergangwohnheime auf ihre Wirtschaftlichkeit und mögliche anderweitige Verwertung überprüft. Seit Jahren sinkende Aussiedler- und Asylbewerberzahlen erforderten aus wirtschaftlichen Überlegungen die Aufgabe der Übergangwohnheime in Stromberg (Auf dem Borgkamp 36 und Bernh-Rest-Straße 9, 9a) und des Komplexes Pott's Holte (Einzelheiten siehe Protokoll der Sitzungen vom 24.10.2007/03.04.2008).

Der Komplex Axthausener Weg 23, 23a, 23b ist in diesem Jahr vom städtischen Bauhof in Zusammenarbeit der PRO ARBEIT Oelde renoviert worden. Bewohnt werden zur Zeit die Häuser 23 und 23a, das Haus 23b steht zur Zeit leer, um über den Winter Heiz- und Stromkosten zu sparen. Ob weitere Einsparpotentiale bestehen, wird von Seiten der Verwaltung fortlaufend geprüft.

Herr Soldat weist auf ein Urteil aus dem Raum Minden hin, wo eine Stadt hinsichtlich der Verwertung von Übergangsheimen erfolgreich geklagt hat. Diese festgestellten Argumente gelten auch für Münster.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. Sachbericht SGB XII - Entwicklung der Fallzahlen, Kostenentwicklung Vorlage: M 2009/500/1684

Frau Gröver berichtet, dass die in den Vorjahren beobachtete Tendenz steigender Fallzahlen und Ausgaben für Leistungen im SGB XII – Sozialhilfe und Grundsicherung - sich in 2009 in den ersten Monaten teilweise umgekehrt hat.

Begründet war der Rückgang zum Jahresanfang hauptsächlich mit den Änderungen im Wohngeldgesetz (Bewilligung einer Heizkostenpauschale, höherer Wohngeldanspruch) und der Übernahme von freiwilligen Rentenbeiträgen. Durch die Übernahme freiwilliger Rentenbeiträge war nach Zustimmung des Kreises in Einzelfällen ein früherer Rentenbezug möglich und Leistungen nach dem SGB XII 3. Kap. dadurch nicht mehr erforderlich.

Aktuell sind die Fallzahlen vom Jahresanfang fast wieder erreicht, sodass der beobachtete allgemeine Trend steigender Fallzahlen sich erneut bestätigt.

Fallzahlen	2. HJ		2008			
3. Kap. SGB XII / Sozialhilfe	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Fälle	20	20	22	20	19	19
Personen	27	27	28	24	23	23
4. Kap. SGB XII / Grundsicherung	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Fälle	124	124	129	130	130	128
Personen unter 65Jahre	55	56	58	58	59	59
Personen über 65 Jahre	95	95	99	99	98	96
Gesamtfallzahl	144	144	151	150	149	147
Gesamtpersonenzahl	177	178	185	181	180	178

Fallzahlen	1. HJ		2009			
3. Kap. SGB XII / Sozialhilfe	Jan	Feb	März	Apr	Mai	Juni
Fälle	19	20	18	19	18	14
Personen	23	24	22	22	22	19
4. Kap. SGB XII / Grundsicherung	Jan	Feb	März	Apr	Mai	Juni
Fälle	131	131	121	121	121	122
Personen unter 65Jahre	61	62	55	55	56	56
Personen über 65Jahre	96	95	93	93	92	92
Gesamtfallzahl	150	150	151	140	139	136
Gesamtpersonenzahl	180	180	181	170	170	166

Ausgaben 2. HJ 2008 / 1 HJ 2009 SGB XII 3. u. 4. Kapitel

	3. Quartal 08	4. Quartal 08	1. Quartal 09	2. Quartal 09	3. Quartal 09
3. Kap. SGB XII / Sozialhilfe	32.416 €	29.046 €	35.604 €	15.748 €	19.898 €
4. Kap. SGB XII / Grundsicherung	129.943 €	140.408 €	142.090 €	137.597 €	139.152 €
Personen unter 65 Jahre	66.551 €	69.936 €	70.087 €	71.360 €	73.554 €
Personen über 65 Jahre	63.392 €	70.472 €	72.003 €	66.237 €	65.598 €
Gesamtausgaben 3+4. Kap.	162.359 €	169.454 €	177.694 €	153.345 €	159.050 €

Kosten /Person/ Quartal					
3. Kap.	1.201 €	*1.263 €	*1.548 €	750 €	1.012 €
4. Kap					
** u. 65 J	1.188 €	1.185 €	1230 €	1274 €	1.290 €
** ü. 65 J	660 €	719 €	742 €	720 €	705 €

*Hinweise:

*Im 4. Quartal/ 1. Quartal erfolgten Nachzahlungen bei den Nebenkosten (v.a. Heizung), daher ist die Quartalssumme im Verhältnis zu den vorherigen Quartalen extrem gestiegen.

**Die pro Person gezahlten Leistungen sind in der Grundsicherung/ 4. Kap SGB XII niedriger, weil dieser Personenkreis im Gegensatz zu Personen in der Sozialhilfe/ 3. Kap. SGB XII über Einkünfte aus Renten oder Erwerbseinkommen in Werkstätten verfügt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

10. Sachbericht Wohngeld - Entwicklung Fallzahlen 2009 und Ausgaben Vorlage: M 2009/500/1685

Frau Gröver berichtet, dass, wie im letzten Ausschuss bereits berichtet, seit Januar 2009 erhebliche Verbesserungen bei den Wohngeldleistungen in Kraft getreten sind. Neben der Erhöhung der Einkommensgrenzen und der Höchstbeträge für Mieten und Belastungen führt insbesondere die neu eingeführte Heizkostenpauschale pro Person zu einer merklichen finanziellen Besserstellung der Wohngeldempfänger. Rund 50 € mehr erhalten die Haushalte durchschnittlich pro Monat, der Wohngeldbetrag stieg von bisher 90 auf 140 € an. In Oelde erhalten 443 Haushalte Wohngeld. Davon sind knapp 300 Familien.

Dadurch können Bürger Wohngeldzahlungen erhalten, deren eigenes Einkommen bisher durch SGB II-Leistungen/SGB XII-Leistungen aufgestockt werden musste.

Die Änderungen im Wohngeldgesetz führten im ersten Halbjahr 2009 bereits zu merklichen Verschiebungen in den Fallzahlen. Diese Verschiebung war mit der Gesetzesnovelle beabsichtigt, um Personen mit geringem Erwerbseinkommen, Renten aus dem Sozialhilfebezug (SGB II; SGB XII) herauszuholen.

Neben dieser erwarteten Verschiebung führt die aktuelle wirtschaftliche Lage zu einem weiteren Anstieg der Fallzahlen im Wohngeld. Arbeitslosengeld I oder Kurzarbeitergeld reichen oft nicht aus, die laufenden Kosten für die Wohnungen oder Zahlungsverpflichtungen für Hauskredite zu decken.

Zwingt die wirtschaftliche Lage v.a. ortansässige Firmen zu weiterer Kurzarbeit oder Kündigungen, werden die Fallzahlen im Wohngeld weiter rasant steigen.

Entwicklung der Fallzahlen im Wohngeld

	2005	2006	2007	2008	<u>1 HJ 2009</u>
Wohngeldfälle gesamt	736	592	453	443	441
davon	412	332	254	269	224

Familien * (geschätzt)					
Wohngeld als Mietzuschuss (Jahressumme in 1000 Euro)	615	489	348	338	290
Wohngeld als Lastenzuschuss zu Wohneigentum (Jahressumme in 1000 Euro)	121	73	85	74	51
Ausgezahlte Summe pro Fall/ Monat Mietzuschuss		111	114	115	139
Ausgezahlte Summe pro Fall/Monat Lastenzuschuss		124	157	152	160

*Bis 2005 lieferte das LDS Zahlen zu den Wohngeldbeziehern, der Familienanteil wurde für die Folgejahre mit 56% aller Wohngeldfälle geschätzt – Grundlage sind Erfahrungswerte aus den Vorjahren
2008: Fälle wurde im Laufe des Jahres gezählt

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

11. Sachbericht - Familienpolitische Maßnahmen Vorlage: M 2009/500/1702

Frau Gröver teilt mit, dass mit Wirkung vom 01.01.2009 die geänderten Familienpassrichtlinien der Stadt Oelde in Kraft getreten sind. Hintergrund der Änderung war das Ziel, allen Familien mit geringem Einkommen auf jeden Fall beim Mittagessen in der OGS oder in verbindlichen Ganztagsangeboten der weiterführenden Schulen eine finanzielle Unterstützung zu kommen zu lassen.

Die Erfahrung des vergangenen Jahres hat gezeigt, dass gerade das gemeinsame, für alle verpflichtende Mittagessen eine elementare Förderfunktion der Kinder sowohl beim Spracherwerb wie Sozialverhalten oder Erlernen von Umgangsformen darstellt und neben der schulischen Förderung über diesen Weg wichtige Integrationsarbeit in den OGS geleistet wird.

Die Eltern zahlen in der OGS einen Elternbeitrag je nach Einstufung und die Kosten für das Mittagessen. Zuschüsse über den Familienpass oder den Landeszuschuss zu den Kosten der Mittagsverpflegung werden voraussichtlich etwa 85 Kinder erhalten.

Die Auswertung der Teilnehmerkinder aller OGS der Oelder Grundschulen hat die Voraussage der Verwaltung „Familien mit geringem Einkommen im Wohngeldbezug sind durch die Neuregelung der Familienpassrichtlinien erfasst,“ bestätigt.

Eine detaillierte Aufstellung erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Der Fokus der Familienförderung im Familienpass liegt eindeutig auf den Zuschüssen zum Mittagessen. Ohne diesen Zuschuss würden etliche Eltern, denen keine Förderung über das Landesprogramm „Kein

Kind ohne Mahlzeit“ zusteht, den Essensbeitrag nicht aufbringen können und ihr Kind folglich nicht in der OGS anmelden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Erstattung von Schulbüchern und anteiligen Kursgebühren der VHS.

Zuschüsse zu Klassenfahrten spielen seit diesem Jahr nur noch eine untergeordnete Rolle, da für Bezieher von Grundsicherungsleistungen (SGB II; SGB XII, AsylLG) die Kosten einer Klassenfahrt nach den neuesten Richtlinien zu einmaligen Beihilfen in der Regel vollständig übernommen werden können.

Solange es die städtischen Finanzmittel ermöglichen, sollte weiterhin eine Familienförderung über den Familienpass erfolgen. Insbesondere der Zuschuss zum Mittagessen im Familienpass sollte in der Höhe der Vorjahre zur schulischen und sozialen Förderung sowie Integration der teilnehmenden Kinder beibehalten werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Eine Diskussion und Beschlussempfehlung erfolgt im Rahmen der Etatberatungen.

12. Sachstandsbericht zur Seniorenarbeit/Altenhilfe/Integrationsarbeit der Stadt Oelde Vorlage: M 2009/500/1703

1. Pflege- und Wohnberatung/Errichtung von Pflegestützpunkten

Frau Gröver teilt mit, dass in den Etatberatungen 2009 – HFA vom 16.03.2009 das Thema Pflege- und Wohnberatung sowie Ausbau barrierefreier Wohnungen im unteren Preissegment an den Sozialausschuss verwiesen wurde.

Seniorenerechte Neubauwohnungen im unteren Preissegment plant die Caritas auf dem Gelände des ehemaligen Übergangwohnheims „Pott's Holte“.

Auf Nachfrage bei den Anbietern von Sozialwohnungen insbesondere Bauverein erklärten diese, bei den anstehenden Renovierungen im Altbestand soweit wie möglich auf Barrierefreiheit zu achten. Allerdings lassen nicht alle vorhandenen Altbauten einen derartigen Umbau im angemessenen finanziellen Rahmen oder aus bautechnischen Gründen zu (z.B. Hohe Außentreppen, enge Treppenhäuser). Hierauf muss mit Blick auf eine weiterhin tragbare Miete Rücksicht genommen werden.

Möglichkeiten einer finanziellen Förderungen sind über die Pflegekassen erst bei Vorliegen einer Pflegestufe gegeben, davor muss eine Wohnraumanpassung auf eigene Kosten erfolgen.

Durch das Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (PfWEG) wurde Kommunen und Pflege- und Krankenkassen aufgegeben, für eine integrierte, wohnortnahe Beratung, Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen sog. „Pflegestützpunkte“ zu schaffen.

In der **Start- und Erprobungsphase** bis Ende 2010 sind im Kreis Warendorf zum 01.11.09 drei Pflegestützpunkte mit jeweils 2 Vollzeitkräften vorgesehen; ein Stützpunkt bei der AOK in Beckum, ein Stützpunkt bei der IKK in Ahlen und ein kommunaler Stützpunkt beim Kreis in Warendorf. Oelde ist dem Stützpunkt in Beckum zugeordnet. Eine Änderung hat sich dahingehend ergeben, dass eine freie Wahl der Stützpunkte durch den Bürger jedoch möglich ist. Nach Auskunft des Kreises Warendorf haben die Pflegekassen es abgelehnt, beim Verein Alter und Soziales e.V. in Ahlen, der seit vielen Jahren eine Beratungsstelle unterhält, einzurichten.

In den Stützpunkten der AOK und der IKK muss der Kreis nach der getroffenen Vereinbarung sicherstellen, dass dort jeweils 9 kommunale Wochenstunden vorgehalten werden. Diese Stunden will der Kreis beim Verein für Alter und Soziales e.V. einkaufen.

Beratungszeiten in den jeweiligen Rathäusern sind nach Auffassung von H. Kreisdirektor Dr. Börger aus Wirtschaftlichkeitsgründen unrealistisch. Alle Gemeinden sollen die bisher vorhandenen Beratungen nach § 4 LPIG weiterhin wahrnehmen, sodass eine Pflege- und Wohnberatung vor Ort möglich ist. Lt. Gesetz sollen die Pflegestützpunkte mit den örtlichen vorhandenen Beratungsstellen eng zusammenarbeiten.

Frau Geiger stellt fest, dass die vorhandene Pflege- und Wohnberatung vor Ort neben dem Fachdienst Soziales auch von der Krankenkasse wahrgenommen werden kann.

2. Seniorenarbeit/Ehrenamtsarbeit

Frau Gröver berichtet, dass der im Bahnhof - Linker Teil- eingerichtete Treffpunkt, u.a. für das „Internet-Cafe“, die Gruppe „Hand in Hand“, „Senioren auf Reisen“ und andere Treffen des SeniorenForums von vielen Senioren und Seniorinnen angenommen wird. Geplant ist außerdem ein Offener Treff für interessierte Damen und Herren, die gerne bei Kaffee/Tee Gesellschafts- und Kartenspiele spielen möchten. Daneben laufen Bemühungen, die bisher ausgebildeten Integrationshelfer (siehe KOMM – IN Projekt) in Projekte des Seniorenforums einzubinden.

Als Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes 2015+ und als Ergebnis aus der Bürgerumfrage ist weiterhin beabsichtigt, ehrenamtliche Arbeit generationenübergreifend weiter zu fördern und auszubauen.

Die für den Herbst geplante Auflistung der im Oelder Stadtbereich der bestehenden Angebote im Seniorenbereich (z.B. VHS, FBS, Kirchen, Vereine) konnte mit dem vorhandenen Personal noch nicht erstellt werden. Mit der Auswertung der vorliegenden Rückmeldungen kann frühestens im neuen Jahr begonnen werden.

Gleiches gilt für das Projekt „Alt und Jung“; hier soll insbesondere in den OGS und Grundschulen eine Zusammenarbeit zwischen Senioren/Innen und den Schulen aufgebaut werden.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass eine fundierte und langfristig angelegte Ehrenamtsarbeit v.a. das Erarbeiten, Umsetzen und Begleiten von Projekten wie die Ehrenamtsbörse auf Dauer von den Mitarbeitern verschiedener Fachdienste nicht zufriedenstellend neben dem laufenden Alltagsgeschäft erledigt werden kann.

3. Integration – Projekt KOMM- IN

Frau Gröver teilt mit, dass die ersten Maßnahmen aus dem Integrationsprojekt ihre Wirkung zeigen. Die Integrationslotsen aus der Weiterbildung im Jahr 2008 arbeiten beim Oelder Tisch mit, engagieren sich in zwei Kindertageseinrichtungen, der Notfallseelsorge usw.. Vorüberlegungen zu einem Besuchsdienst für ausländische Mitbürger im Krankenhaus werden derzeit mit dem Krankenhaus angestellt. Zur Gruppe „Hand in Hand“ sind ebenfalls erste persönliche Kontakte geknüpft.

Weitere Einzelprojekte sollen als Fortführung aus dem Maßnahmenkatalog des mit KOMM-IN Mitteln erstellten Integrationskonzeptes schrittweise realisiert werden.

An der VHS läuft zur Zeit eine weitere aus städtischen Mitteln finanzierte Weiterbildung zum „Integrationslotsen“. Eine interkulturelle Jugendleiterschulung findet in der Alten Post statt. Diese wird in Kooperation mit dem Jugendmigrationsdienst des Diakonischen Werkes Münster, dem Jugendwerk der Stadt Oelde e.V. und dem Fachdienst Jugendamt aus Fördermitteln der Aktion Mensch durchgeführt.

Durch die sich schrittweise aufbauenden Maßnahmen, z. B. in der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen wird immer deutlicher, dass eine fundierte und langfristig angelegte Koordination der Integrationsarbeit notwendig ist und nicht in mehreren Fachbereichen neben dem Alltagsgeschäft

geleistet werden kann. Es gilt, alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, die erfolgreich begonnenen Schritte der Integrationsarbeit zu sichern und fortzuführen.

Unterstützende Landesmittel stehen der Stadt Oelde für den Projektzeitraum 2009 bis Februar 2010 zur Verfügung. Jedoch sind die Zuwendungen (20.000,-) im Rahmen der KOMM-IN Förderung deutlich reduziert worden. Voraussichtlich ist für das Jahr 2010/2011 nicht mehr oder nur mit einer sehr geringen Förderung zu rechnen, so dass nach jetzigem Kenntnisstand ab 2010 der Integrationsprozess vor Ort nur mit dem Einsatz städtischer Finanzmittel nachhaltig weiterentwickelt und gesichert werden kann.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis. Eine Diskussion und Beschlussempfehlung erfolgt im Rahmen der Etatberatungen.

13. Verschiedenes

13.1. Mitteilungen der Verwaltungen

- Frau Gröver berichtet über die Aufgabenbereiche im Fachdienst Soziales, Familien und Senioren (Fachdienst 500).

Der Fachdienst 500 - Soziales, Familien und Senioren – zeichnet verantwortlich für breitgefächerten Leistungen im sozialen Bereich, die sich grundsätzlich in folgende Felder aufteilen lassen:

I. Aufgabenspektrum des Fachdienstes - Übersicht

1. Einkommens- und vermögensabhängige Leistungen

1.1 Grundsicherungsleistungen nach SGB XII

einschl. Antragsaufnahme für: Übernahme von Heimkosten, Bestattungskosten

1.2 Wohngeld

1.3 Asylbewerberleistung

1.4 Wohnbauförderung (Ausstellen v. Wohnberechtigungsscheinen, Vermittlung von Sozialwohnungen)

2. Einkommensunabhängige Leistungen

2.1 Rentenauskunft

2.2 Pflege- und Wohnberatung

2.3 Angebote im Rahmen der Altenhilfe – teilweise freiwillige Aufgabenwahrnehmung!

3. Freiwillige Leistungen der Stadt Oelde

3.1 Familienpassleistungen

3.2 Unterstützung der PRO ARBEIT Oelde

3.3 Förderung des Ehrenamtes, Integrationsarbeit

1. Einkommens- und vermögensabhängige Leistungen

1.1. Leistungen nach dem SGB XII (Zwölftes Sozialgesetzbuch)

Vom Einkommen und Vermögen abhängige Leistungen sind in erster Linie Grundsicherungsleistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII) für Personen, die wegen ihres Alters oder fehlender Erwerbsfähigkeit nicht dem SGB II - Aufgabenbereich der ARGE – zugeordnet werden können.

In erster Linie sind dies Rentner und nicht erwerbsfähige Personen. Diese Aufgaben sind der Stadt Oelde vom Kreis Warendorf als Träger der Sozialhilfe im Rahmen einer Delegationssatzung übertragen und werden vollständig hier vor Ort abgewickelt; das bedeutet: Auskunft, Beratung und Bewilligung der Leistung erfolgen durch den FD 500.

Die Grundsicherungsleistungen setzen sich zusammen aus dem sog. Regelsatz und Kosten der Unterkunft. In der Höhe sind diese identisch mit den Leistungen, die die ARGE im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II bewilligt.

Der Aufgabenkreis zählt zu den „Pflichtaufgaben“, d.h. die Aufgabenwahrnehmung muss auf jeden Fall erfolgen; Einfluss kann die Stadt Oelde nicht nehmen.

Da die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Delegation für den Kreis erfolgt, erstattet der Kreis Aufwendungen für Grundsicherungsleistungen und Krankenhilfekosten an die Stadt Oelde. Die Refinanzierung erfolgt über die Kreisumlage!

Für den Kreis entgegengenommen werden weiter Anträge auf Übernahme der Heimkosten, Kosten einer Kurzzeitpflege, Pflegegeld und Bestattungskosten.

Die umfangreiche notwendige Beratung der Bürger erfolgt durch die Sachbearbeiterinnen im FD 500.

1.2. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz

Wohngeld stellt einen einkommens- und familienstandabhängigen Zuschuss zu notwendigen und angemessenen Wohnungskosten (Miete oder Kosten des Eigenheims zzgl. Heizkostenpauschale) dar. Vermögen hindert den Bezug von Wohngeld nicht, angerechnet werden nur Einkünfte aus Vermögen.

Im FD 500 erfolgen Auskunft, Beratung sowie die Berechnung und Bewilligung der zustehenden Wohngeldleistungen. Die Auszahlung erfolgt monatlich direkt über den Landeshaushalt, dadurch erscheinen keine Aufwendungen für die Leistungen im städtischen Haushalt. Die Stadt Oelde hat aber die Personal- und Sachkosten/Raumkosten in voller Höhe zu tragen.

1.3. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Die der Stadt Oelde vom Bundesamt für Flüchtlinge zugewiesenen Asylbewerber und ihre Familienangehörigen haben Anspruch auf Leistungen (Kosten des Lebensunterhaltes, Wohnung) nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Leistungen müssen als Pflichtleistungen erbracht werden, eine Erstattung der Kosten erfolgt nur zum Teil über die sog. Landespauschale. Darüber hinausgehende Kosten einschl. Krankenkosten muss die Stadt Oelde aus ihren Mitteln aufbringen.

Problematisch für die Kostenschätzung in den Folgejahren ist das steigende Alter der seit Jahren geduldeten Asylbewerber verbunden mit Erkrankungen und/oder Pflegebedarf.

Notwendig ist in diesem Zusammenhang das Vorhalten ausreichender Unterkünfte für Asylbewerber, deshalb ist es auch bei weiter zurückgehenden Asylbewerberzahlen nicht möglich, aus Kostengründen die bestehenden Asylbewerberheime/ Übergangwohnheime vollständig aufzulösen.

1.4 Wohnbauförderung (Ausstellen v. Wohnberechtigungsscheinen, Vermittlung von Sozialwohnungen)

Der Aufgabenbereich der Wohnbauförderung ist dem FD 500 seit November 2009 zugeordnet worden. So kann u.a. Personen, die eine Grundsicherungsleistung, Wohngeld o.ä. erhalten, zügig ein Wohnberechtigungsschein ausgestellt oder bei der Wohnungssuche Hilfestellung gegeben werden, da alle freiwerdenden öffentlich geförderten Wohnungen hier bekannt sind.

Neben diesen Aufgaben fallen weiter in das Arbeitsspektrum die Kontrolle der Wohnungsnutzung, Berichterstattung an die Wohnungsbauförderungsanstalt; Freistellung von Belegungsbindungen, Mietpreismittlungen für den Mietspiegel.

Zu 2:**2.1 Rentenauskunft**

Fragen zum Rentenrecht, Hinzuverdienstmöglichkeiten bei den verschiedenen Rentenarten, Anrechnung von Versicherungszeiten werden in der Rentenstelle beantwortet. Rechtsverbindlich sind diese Auskünfte nicht! Dennoch werden diese Beratungsmöglichkeiten sowie die Möglichkeiten der Antragsstellung wegen der Ortsnähe zahlreich in Anspruch genommen. Rechtsverbindliche Auskünfte erteilen nur die Versicherungsanstalten selbst z.B. auf dem monatlichen Beratungstag hier im Rathaus. Kontenklärungen, Rentenansprüche, Kuransprüche werden im FD 500 aufgenommen und direkt an den zuständigen Versicherungsträger geleitet.

2.2. Pflege- und Wohnberatung nach Landespflegegesetz

Grundsätzlich nimmt der Kreis die Pflege- und Wohnberatung wahr. Die Kommunen haben jedoch in den letzten Jahren vor Ort dieses Leistungsangebot ausgebaut, da in der Praxis die Ortsnähe von den Betroffenen und ihren Angehörigen gewünscht ist und der Kreis keine Sprechtag vor Ort hat. Das ist auch hier in Oelde der Fall. Seit letztem Jahr kann auf Wunsch durch einen ehemaligen technischen Mitarbeiter der Stadt eine Wohnberatung zu Hause erfolgen.

Ziel einer umfangreichen Pflege- und Wohnberatung ist die Umsetzung der Grundsatzes: „Ambulant vor stationär“, d.h. mit einer umfassenden Pflege- und Wohnberatung soll der Verbleib in der gewohnten Umgebung für die Pflegebedürftigen solange wie möglich sichergestellt und ein Heimaufenthalt vermieden werden.

Seit dem 01.11.09 sind im Kreis Warendorf sog. Pflegestützpunkte als Angebot der Pflegeversicherungen (§ 92c SGB XI) eingerichtet, in denen durch Krankenkassen und Kommunen eine gemeinsame Beratung erfolgen soll.

Für das gesamte Kreisgebiet sind Pflegestützpunkte in Ahlen bei der IKK, in Beckum bei der AOK und beim Kreis Warendorf vorgesehen. Oelde ist dem Standort Beckum zugeordnet. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Pflegestützpunkten und den vorhandenen örtlichen Beratungsstellen ist ausdrücklich gewollt. Die örtlichen Wohn- und Pflegeberatungsstellen sollen nach wie vor beibehalten werden.

Das Prinzip der Pflegestützpunkte wird zunächst in einer Probephase bis Ende 2010 getestet.

2.3 . Angebote im Rahmen der Seniorenarbeit/Altenhilfe

Im Rahmen der Altenhilfe nach § 70 SGB XII soll älteren Menschen die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht werden und Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, verhütet, überwunden oder gemildert werden.

Diese recht unbestimmt formulierte Forderung aus dem Gesetz hat die Stadt Oelde erfolgreich umgesetzt, indem

- Beratungsangebote rund um Wohnen und Pflege vorgehalten werden (s. Punkt 2.2).
- mit den verschiedenen Gruppen im SeniorenForum Oelde ein umfangreiches freiwilliges Angebot auf ehrenamtlicher Basis geschaffen wurde.
- Forderungen aus dem SEK 2015+ nach einem Seniorentreffpunkt mit der Interimslösung im Bahnhof erfüllt sind.

Dies sind nur Beispiele der umfangreichen Angebote im Bereich der Altenhilfe.

Zu 3**3. Freiwillige Leistungen der Stadt Oelde**

3.1 Familienpassleistungen

Seit 1989 fördert die Stadt Oelde Familien über den Familienpass. Die Richtlinien sind mehrfach hinsichtlich des Berechtigtenkreises und Fördermöglichkeiten und finanziellen Möglichkeiten der Stadt Oelde angepasst worden.

Der Fokus der Förderung liegt seit einigen Jahren auf dem Zuschuss zum Mittagessen in den OGS und verpflichtenden Ganztagsangeboten der weiterführenden Schulen. Nach den bisherigen Erfahrungen erleichtert diese Förderung Familien mit geringem Einkommen die Entscheidung, ihr Kind in einer OGS anzumelden, erheblich.

Die Richtlinien sind aktuell so abgefasst, dass eine einfache Zuordnung zum Berechtigtenkreis im Bürgerbüro bei der Ausstellung der Familienpässe möglich ist und die arbeitsmäßigen wie finanziellen Belastungen für die Stadt kalkulierbar bleiben.

3.2 Unterstützung der PRO ARBEIT Oelde

Als Projekte der PRO ARBEIT OELDE (PAO) sind u.a. verwirklicht worden:

- der Betrieb der Radstation im Bahnhof
- der Betrieb des Kiosks im Bahnhof
- das Recyclingprojekt MIX MAX an der von –Nagel- Straße 26a
- der Betrieb der Minigolfanlage Stromberg.

Inhalt aller Projekte war und ist die Beschäftigungsförderung und Qualifizierung arbeitsfähiger Hilfeempfänger zunächst im Sozialhilferecht (BSHG) jetzt SGB II und der in Oelde lebenden Asylbewerber mit dem Ziel, der Vermittlung in den Arbeitsmarkt.

Mit einem direkten städtischen Zuschuss finanziert die Stadt Oelde die Kosten der Anleiterpositionen in den Einzelprojekten. Die Kontinuität bei der Stellenbesetzung hat sich für die Vermittlung als besonders positiv erwiesen, da Kontakte zu Arbeitgebern über längere Zeit aufgebaut werden müssen.

3.3 Förderung des Ehrenamtes und Integrationsarbeit

Mit dem Ausbau der Angebote im SeniorenForum Oelde im Rahmen der Altenhilfe sowie den Forderungen aus dem SEK 2015+ erweist sich eine intensive Förderung der ehrenamtlichen Arbeit als immer notwendiger. Ebenso zwingt der Wandel im Ehrenamt – weg von einem Amt auf Dauer hin zu projektorientiertem Engagement – zu einer intensiveren Betreuung/Organisation = Ehrenamtsbörse, wenn entsprechend dem SEK 2015+ Ehrenamt gefördert werden soll.

Ein weiteres Ziel aus dem SEK 2015+ ist die Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund.

Neben den Projekten in Kindergärten, Kitas und Schulen finden Lehrgänge für sog. Integrationslotsen statt.

Weiter verzahnen mit der Förderung des allgemeinen Ehrenamtes muss sich die Förderung der Integrationsarbeit im Erwachsenenbereich als Konsequenz aus dem im KOMM IN Projekt entwickelten Maßnahmenkatalog.

II. Finanzierung der Aufgaben im FD 500

Im Haushaltsplan sind Erträge und Aufwendungen (Ein- und Ausgaben) des FD 500 im Produktbereich 05 – Soziale Leistungen zu finden.

Bei der Diskussion über Haushaltsmittel ist zu unterscheiden zwischen:

1. Pflichtausgaben – hier ist keine Einflussnahme/ d.h. Sparpotential der Stadt vorhanden

Dies sind insbesondere:

Produkt	Bezeichnung	
05.01.02	Leistungen nach SGB XII 3. Kap (Sozialhilfe)	
05.01.03	Leistungen nach SGB XII 4. Kap (Grundsicherung)	
05.02.01	Hilfen bei Krankheit	
05.04.01	Leistungen für Asylbewerber und ausl. Flüchtlinge	

Aufwendungen für Leistungen nach SGB XII werden vom Kreis erstattet, sie belasten den Haushalt der Stadt Oelde insofern nicht. Die Belastung der städtischen Finanzen erfolgt erst über die Kreisumlage.

Die nachfolgenden Aufgaben belasten den kommunalen Haushalt in ausschließlich mit Personal- und Sachaufwendungen, da entweder die Leistung aus dem Landeshaushalt gezahlt werden oder keine finanziellen Leistungen, sondern Beratungs- und Auskunftleistungen erbracht werden.

Produkt	Bezeichnung	
05.01.04	Wohngeld	
05.03.01	Pflege- und Wohnberatung	
05.03.02	Seniorenarbeit	Teilw. freiwillig! Siehe untern
05.04.02	Rentenberatung	

2. Freiwilligen Leistungen – hier ist Einflussnahme/ d.h. Sparpotential der Stadt vorhanden:

Produkt	Bezeichnung	
05.01.05 5318011	Sonstige Hilfen, Familienpass	
05.03.02 5318012	Seniorenarbeit	Insbes. Förderung des Ehrenamtes
05.04.01 5314001	Zuschuss Asyl an Pro Arbeit	
05.04.03 5314001	Zuschuss an Pro Arbeit, Zuschüsse im Bereich Integration Zuschuss an Caritas	

- Frau Krause teilt mit, dass die Besuche der Altenheime bzw. der Ambulant betreuten Wohngemeinschaft wie folgt erfolgen sollen:

Von-Galen-Heim	Sonntag, 6. Dezember 2009, Treffpunkt: 10.30 Uhr Frau Krause, Frau Geiger, Frau Wickenkamp, Frau Ramelmann (von der Verwaltung)
Franziskushaus	Dienstag, 8. Dezember 2009, Treffpunkt: 16.00 Uhr Herr Gette, Frau Krause, Frau Geiger Frau Gröver (von der Verwaltung)
„Am Eichendorffpark“	Sonntag, 13. Dezember 2009, Treffpunkt: 10.30 Uhr Frau Krause, Frau Geiger, Herr Kaup Frau Gröver (von der Verwaltung)

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

13.2. Anfragen an die Verwaltung

- Herr Bovekamp bittet darum, dass der Besuch der Altenheime nach Möglichkeit nicht mehr Sonntag Vormittags sondern Sonntag Nachmittags erfolgen soll. Er bittet um Prüfung für das nächste Jahr.

Antwort: Auf Nachfrage in den Einrichtungen wurde seitens beider Oelder Alten- und Pflegeheime erklärt, dass durch Besuche an den Sonntag Vormittagen kein Bewohner auf den Besuch einer Messe verzichten muss und aus organisatorischen Abläufen im Altenheim der Sonntag Vormittag am besten geeignet ist. Die Sonntag Nachmittage werden vorwiegend von den Angehörigen und weiteren Besuchern der Altenheime genutzt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis..

Hiltrud Krause
Vorsitzende

Hannelore Rampelmann
Schriftführerin